

Seit einigen Jahren gibt es in der Linken – Sozialdemokraten, Grüne, Linke oder Parteilose – immer wieder Debatten darum, was der richtige Weg sei: Die einen kämpfen für Minderheitenrechte und das Klima, die anderen kümmern sich vor allem um ökonomische Fragen. Und zwischen beiden Seiten vergrößert sich der Riss. Die einen glauben, dass die »kleinen Leute« vernachlässigt werden, die anderen fürchten, dass die Umweltfragen oder die Rechte von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund vergessen werden.

In diesen Konflikt greift Jan Korte ein und fordert: Es muss wieder ein Gleichgewicht zwischen den kulturellen und sozial-ökonomischen Ansichten der Linken hergestellt werden. Er plädiert für Verständnis, auch für die Menschen, die nicht in den urbanen Zentren leben. Alle, die sich als Linke betrachten, müssen wieder Verantwortung übernehmen – für die ganze Gesellschaft. Denn es gilt: Niemals herabblicken!

Jan Korte, geboren 1977 in Osnabrück, Politikwissenschaftler M.A. Korte wurde bereits als Schüler Mitglied bei Bündnis 90 / Die Grünen. 1999 trat er aus der Partei wegen der Zustimmung zum Jugoslawienkrieg und ihrer Rechtsentwicklung aus. Noch im selben Jahr trat er in die Partei des Demokratischen Sozialismus ein. Seit 2004 ist er in der Bundespolitik aktiv. Zudem ist er Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze zu politischen und historischen Fragen und einige Bücher, zuletzt zusammen mit Dominic Heilig »Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland. Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte« (2011) und »Geh doch rüber!« (2013).

JAN KORTE

DIE VERANTWORTUNG DER LINKEN

VERBRECHER VERLAG

Inhalt

Einleitung	7
I. Rechtsverschiebung in der etablierten Politik	19
II. Die kleinen Träume	37
III. Die Verantwortung der Linken	71
IV. Was könnte man denn nun tun?	99
Anmerkungen	129
Weiterführende Literatur	135

Erste Auflage
Verbrecher Verlag Berlin 2020
www.verbrecherei.de
© 2020 Verbrecher Verlag
Satz: Christian Walter
Druck und Bindung: CPI Clausen & Bosse, Leck

ISBN: 978-3-95732-428-3

Printed in Germany

Der Verlag dankt Lealina Grün.

Einleitung

Es gibt in der Welt der Bücher kaum etwas Schlimmeres als Werke von Politikern, die ihre eigene Bedeutung und ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Erfolge feiern. Doch dies ist eine Ausnahme. Dass ich keine Lösung für alle Probleme bieten kann, ist mir genauso wie Ihnen völlig bewusst. Aber gerade heute ist es vielleicht hilfreich, erst einmal ein Problem zu erkennen und dafür die Berliner Politikblase, in der ich mich Tag für Tag bewege, zu verlassen. In den sozialen Medien grassiert der Hass, etwa auf Flüchtlinge und Andersdenkende, manchmal reicht es schon, eine Frau zu sein, um heftig attackiert zu werden. Allerorten wird die Verrohung und Spaltung der Gesellschaft beklagt, und das zu Recht. Die Frage ist nun: Woher kommt die Resignation und die Wut und was macht das mit der Gesellschaft?

Gleichzeitig allerdings wird, außer vor und nach wichtigen Wahlen, in den Beiträgen zum Zustand dieser Gesellschaft, die täglich in den Zeitungen publiziert und in den Fernseh-

und Radiosendern produziert werden, nur selten ein Wort darüber verloren, dass es in einigen Regionen Deutschlands kein vernünftiges Internet gibt, keine zuverlässige Busverbindung und schon gar keine Arbeit. In den Städten explodieren die Mieten, in den Supermärkten steigen die Lebensmittelpreise und die demokratischen Parteien bemühen sich verzweifelt und zugleich vergeblich darum, den Kontakt zu ihren Wählerinnen und Wählern wiederherzustellen.

Dass das alles irgendwie zusammenhängt, liegt auf der Hand. Doch wie genau, das soll Thema dieses Buches sein.

Dabei kann auf eine ganze Reihe von wirklich guten Analysen und Diskussionen zurückgegriffen werden. Zu nennen wäre etwa Nancy Fraser, die mit dem Modell des »progressiven Neoliberalismus« für die USA zu erklären versucht, warum sich die Masse der Arbeiter und ein Großteil der Bewohner der ländlichen Gebiete von den Demokraten ab- und Donald Trump zugewandt haben. Sie vertritt die These, dass der Neoliberalismus wichtige Anliegen der neuen sozialen Bewegungen, wie etwa den Kampf für Frauen- oder Homosexuellenrechte, übernommen hat und die Linke zugleich die ökonomischen Konflikte aus dem Blick verloren hat. Zugespielt bedeutet das: Viele Menschen verbinden die Einforderung und Durchsetzung von Minderheitenrechten mit der Epoche von Privatisierung und dem Abbau des Sozialstaates.

Die notwendige Modernisierung und Maskierung des zuvor brutal, unversöhnlich und rückschrittlich auftretenden Kapitalismus' wird von Fraser so beschrieben: »Die Lösung

bestand darin, eine regressive Verteilungspolitik mit einer progressiven Anerkennungspolitik zu kombinieren. So entstand der »progressive Neoliberalismus« als ein seltsames Bündnis zweier Kräfte: auf der einen Seite die dynamischsten, postindustriellen, symbolisch aufgeladenen Teile der US-Wirtschaft – Silicon Valley, Wall Street und Hollywood. Auf der anderen Seite der liberale Mainstream der »Neuen sozialen Bewegungen« – liberaler Feminismus und LGBTQ-Rechte, Multikulturalismus und Umweltschutz.«¹

Aus diesem Modell heraus analysiert Fraser treffend das Scheitern der Demokraten und ihrer Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton, »einer Politikerin, die zwar die Sprache des Feminismus spricht, aber der Agenda von Goldman Sachs folgt«. ² Und da viele Kämpfe im Bereich von Gleichberechtigung und Minderheitenrechten in der Tat geführt und in Teilen – erfreulicherweise – gewonnen wurden, schreiben heute nicht wenige Mitglieder der Arbeiterklasse in den USA ebene Errungenschaften den Verheerungen des Neoliberalismus zu. Damit soll nun nicht gesagt sein, dass Hillary Clinton nicht auch in ökonomischen Fragen manchmal eher linksliberale Positionen eingenommen hätte oder gar behauptet werden, Donald Trump hätte auch nur in einer Minute seines Wahlkampfes eine kapitalismuskritische Weltsicht verteidigt. Für jene unter seinen Wählerinnen und Wählern aber, die nicht von der Überlegenheit der »weißen Rasse träumen«, schien es manchmal dennoch so, als ob sich Trump eher mit ihren drängendsten Problemen beschäftige, als ob er sie zum Thema mache.

Dieses von Fraser beschriebene Modell ist mit einigen Differenzierungen auch auf die Zeit der rot-grünen Bundesregierung (1998–2005) anzuwenden. Deren »Agenda 2010« stand und steht ganz praktisch für den beschleunigten Rückbau des Sozialstaates (der schon unter dem Bundeskanzler Helmut Kohl begann), für noch gnadenlosere Privatisierung, für das endgültige Ende von der Planbarkeit des Lebens der »kleinen Leute« und von der Absicherung ihres Alters. Und gleichzeitig hat die damalige Regierung natürlich zu einer fortschrittlichen Modernisierung der Gesellschaft beigetragen, indem sie etwa Minderheitenrechte stärkte.

Fraser's Analyse ist mittlerweile in allen möglichen Varianten auf die Debatten der Bundesrepublik übertragen worden. Wichtig – und das will ich gleich am Anfang klarstellen – ist, dass die ökonomisch-soziale Dimension niemals gegen sogenannte Minderheiten oder »Anerkennungsfragen« ausgespielt werden darf. So ist etwa durch das 2001 unter Rot-Grün in Kraft getretene Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft kein Arbeitsplatz verloren gegangen. Dagegen, soziale Sicherheit gegen Minderheitenrechte auszuspielen, wehrt sich auch Fraser entschieden.

Mit der Analyse von Fraser und der Kritik an der damaligen rot-grünen Regierung nähern wir uns der Debatte in Deutschland. Sie findet – leider – zumeist ausschließend statt. In der Frage, wie hierzulande linke Mehrheiten möglich werden können, fokussiert sich ein Teil von SPD, Grünen und Linken sowie vielen außerparlamentarischen Gruppen und

Grüppchen entweder einseitig auf die lohnabhängig Beschäftigten, nennen wir sie die Arbeiterklasse, oder – das ist die andere Seite – auf die urbanen, akademischen Milieus. Dass beides zusammengebracht werden kann, hört man selten oder lediglich als Floskel. Die erbitterten Streitigkeiten über diese Fragen und die hanebüchene Rückkehr von Begrifflichkeiten wie etwa jenen von den »Haupt- und Nebenwidersprüchen« haben eine Vehemenz erreicht, wie man sie in linken und linksliberalen Kreisen sonst eigentlich nur von Debatten um die Politik Russlands oder Israels kennt.

Leider machen derartige Aufwallungen eine ruhige und zugleich streitbare Analyse nahezu unmöglich.

Folgende Begebenheit ist exemplarisch: Seit vielen Jahren stehe ich mit einem Infotisch auf den Wochenmärkten in meinem Wahlkreis. Der Wahlkreis liegt in Sachsen-Anhalt, bestehend aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld und Teilen des Salzlandkreises. Viele Leute kommen auf einen Kaffee vorbei, um zu diskutieren, aber auch um ihren Frust über die vorherrschende Politik abzulassen. Darunter sind von Zeit zu Zeit selbstverständlich auch Menschen, die Feministinnen oder Flüchtlingen den Tod wünschen – bei ihnen ist aller Kaffee und jede Debatte vergebens. Doch es sind ebenso Menschen dabei, um die es sich zu kämpfen lohnt. Immer wieder berichten Leute – völlig sachlich –, dass es seit 1990 in ihrer Stadt oder in ihrem Dorf nur noch bergab gehe: Kino und Freibad dicht, die Straßen sind kaputt, die Bahnlinie wird eingestellt und die Bibliotheken und Jugendclubs geschlossen,